

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das 'Wilsdruffer Tageblatt' erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach dem Ausgabeort 2 RM., im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Vorbestellung 3 RM., je nach Abholung. Einzelnummern 10 Pf., bei Vorbestellung 8 Pf. Einrückungssätze für Anzeigen und Inserate sind in der Geschäftsstelle zu erfragen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, die Abgabe der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises zu verschieben. — Rückzahlung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Postzettel beiliegt.

Wichtigste: Die 4. Spalte 20 Kpfg., die 3. Spalte 15 Kpfg., die 2. Spalte 10 Kpfg., die 1. Spalte 5 Kpfg. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 271. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: 'Amtsblatt' Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 22. November 1927

Englische Kohlenforger.

Typisch englisch: 270 Bergarbeiter, die arbeitslos sind, marschieren aus dem Südwaleser Kohlenrevier in zwölf Tagesmärschen nach London und werden dort von einer großen Menschenmenge erwartet, um eine Demonstration gegen die Behandlung der englischen Kohlenkrisis im Parlament zu veranstalten. Dabei stehen die Arbeiterpartei und die Kommunisten zusammen unter der Führung des radikalen Gewerkschaftssekretärs Hoop, der ja auch der Leiter des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1926 gewesen war, seitdem aber stark in den Hintergrund gedrückt worden ist. Die schweren Zusammenstöße, die vor einigen Tagen im Londoner Parlament erfolgt sind, haben eben die englische Kohlenkrisis als Hintergrund, ohne daß man dabei freilich vergessen darf, wie nahe England schon vor Neuwahlden steht. Das läßt keinen Einfluß aus auf das Verhalten namentlich der Opposition, also der Liberalen und der Arbeiterpartei.

Die englische Kohlenkrisis besteht nicht bloß, sie ist auch noch ständig im Wachsen. Der Sieg der Unternehmerschaft in dem großen Streik ist ein Pyrrhussieg gewesen, obwohl es ihr damals gelang, die Achtstundenschicht ebenso durchzuführen wie eine Lohnverlängerung. Die erste Folge davon war, daß die Kohlenförderung sich pro Mann und Schicht um 15-20 Prozent hob, daß also durch diese Vermehrung der Erzeugung und durch die Lohnüberabhebung die Kosten der Förderung recht beträchtlich herabgedrückt werden konnten, zumal der gleiche Prozentsatz der Gesamtleistung im englischen Bergbau nicht wieder eingeleistet wurde, auch kaum Aussicht hat, je wieder eingestellt werden zu können, da im Bergbau eine zwar langsame, aber viel zu langsame Rationalisierung durchgeführt wird. Nachdem aber der Weltkohlenhunger, der durch den monatlichen Ausfall der englischen Förderung hervorgerufen worden war, allmählich sich stillen lassen, trat der Rückschlag ein: Arbeitsbedingungen nicht bloß, sondern vor allem auch die Ausbreitung der Laßsache, daß die englische Kohlenindustrie, um ihr ureigenes Absatzgebiet, nämlich das Ausland, zurückzuerobieren, mit Kampfpreisen gegen die hochgekommene Konkurrenz vorging.

Wir haben das in Deutschland besonders verspürt, weil die englische Kohle bei uns im sogenannten 'bestrittenen Gebiet' die deutsche Konkurrenz mehr und mehr aus dem Felde geschlagen hat. Denn nicht bloß der englische Kohlenpreis als Grube ist niedriger als der deutsche, sondern die englische Konkurrenz wird gegenüber der rheinisch-westfälischen Kohle dadurch begünstigt, daß diese für die Verfrachtung von Eisen nach Hamburg etwa acht Mark für die Tonne an Kosten zu bezahlen hat, während die englische Kohle dorthin zu befördern nur etwa vier Mark kostet. Trotzdem lehnt die Reichsbahn die Einführung ermäßigter Kohlentarife ab. Der englische Kohlenpreis in Hamburg ist immer weiter herabgegangen und liegt jetzt etwa vier Mark unter dem deutschen Binnenkohlenpreis. Bekanntlich wird freilich auch die deutsche Kohle im bestrittenen Gebiet weit billiger angeboten, doch trägt durch seine Umlage das rheinisch-westfälische Kohlenbrot wenigstens einen Teil der Kosten, die dieser Unterschied gegenüber dem Binnenkohlenpreis verursacht.

Bezeichnend ist es, daß der jetzige englische Kohlenpreis im Ausland 25 Prozent unter jenem liegt, der vor dem Bergarbeiterstreik gefordert wurde; daß aber schon dieser ein Kampfpreis war, geht auch daraus hervor, daß die Preise im März 1926 nur deswegen so niedrig waren, weil so die Bergwerke damals noch geblühten Unterhaltungen von der englischen Regierung erhielten. Und des weiteren geht daraus hervor und ist es eine selbst von der Arbeiterschaft Englands nicht bestrittene Tatsache, daß die Bergwerke so gut wie durchweg mit Verlust arbeiten; selbst im Südwales, einem Revier, dessen Kohle geradezu eine Weltmonopolstellung hat, ist der Preis niedriger als die Selbstkosten betragen.

Das ist aber für die Lage der englischen Bergarbeiter deswegen besonders entscheidend, weil nach dem Streik für jedes Revier besonders, ein sehr geringes Lohnminimum festgesetzt worden ist, das im Falle eines gewinnbringenden Absatzes allerdings durch Zuschläge erhöht werden sollte. Damals hatte man gleich solche Zuschläge bewilligt, sie sind aber infolge des Ausbleibens der Gewinne inzwischen abgebaut worden und die Bergarbeiter sind auf das Lohnminimum beschränkt — vorläufig noch! Denn die Unternehmerschaft ist entschlossen, auch das Lohnminimum zu heruntersetzen, und die Arbeiterschaft, deren Streikkräfte völlig erschöpft sind, die außerdem in ihrem Streikrecht durch die Gewerkschaften außerordentlich beschränkt ist, steht sich zu einer Gegenaktion einfach außerstande. 250 000 arbeitslose Bergarbeiter — ein Viertel der ursprünglichen Gesamtbelegschaft — sind ein tragischer Beweis für die Schwere der Krise und die englische Kohlenindustrie selbst muß jetzt für viele Einzelschicksale verhängnisvollen Gang nehmen, den auch die deutsche hat zurücklegen müssen, als sie ihre Betriebe rationalisierte.

Die englische Kohlenkrisis ist aber noch mehr: sie ist ein Ausdruck der gewaltigen Weltüberproduktion an Kohle, deren Auswirkung sich in Deutschland jetzt noch nicht so bemerkbar macht, weil bei uns insoweit wirtschaftlichen Hochkonjunktur die einheimische

Hochlaison der Innenpolitik

Zusammentritt des Reichstages.

Wichtige Entscheidungen bevorstehend.

Der Reichstag beginnt soeben wieder nach längerer Pause seine Arbeiten. Zu einer Menge bedeutender, grundlegender Fragen der inneren Politik werden die Abgeordneten Stellung zu nehmen haben. Die Diskussion über das Warnungszeichen, das kürzlich der Reparationsagent Barter Gilbert gab, ist noch nicht abgeschlossen. In enger Verbindung damit stehen die endgültige Erledigung der Beamtenbefolgungsfrage, die im Interesse der Sparsamkeit erforderliche Verwaltungsreform, an die sich wieder das unrittene Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern schließt.

Eine der schwierigsten Angelegenheiten ist dann noch der seit Wochen im Bildungsausschuß des Reichstages beratene Entwurf des Reichsschulgesetzes. Und schließlich eröffnen sich Aussichten auf die Neuwahl des Reichstages im nächsten Jahr. Schon heute macht sich Verunsicherung in dieser Beziehung bei den Parteien bemerkbar und an einzelnen Stellen malt man bereits eine vorzeitige Reichstagsauflösung oder gar eine Regierungskrise, die dem deutschen Volke zu Weihnachten beschert werden könnte, deutlich genug an die Wand.

Grund genug zur Belegung des politischen Interesses. Dem Reichstag ist auch der Gesetzentwurf über die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrats zugegangen. Er soll nach der Vorlage aus 151 ständigen Mitgliedern bestehen, die von der Reichsregierung auf Grund von Vorschlägen der Vertretungen der Unternehmer, der Arbeitnehmer und sonst beteiligten Volksteile oder auf Grund von Ernennungen durch die Reichsregierung oder den Reichsrat einberufen werden. Aber das ist wohl kaum ein Anlaß zur Erregung, die dagegen bei den Auseinandersetzungen über das Schulgesetz hohe Wellen schlägt.

Hier nimmt die Deutsche Volkspartei eine ausschlaggebende Position ein und deshalb lenkt sich der Blick augenblicklich nach Braunschweig, wo der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zusammengetreten ist. Braunschweig ist übrigens zurzeit lebhaft in Bewegung gesetzt durch die am 27. November vor sich gehenden Neuwahlen für den Landtag.

Die Tagung der Volkspartei.

Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, zu der u. a. Reichsminister a. D. Dr. Scholz, Reichsminister Dr. Curtius, Geheimrat Professor Dr. Kahl und zahlreiche Mitglieder der Länderregierungen und Parlamente, im ganzen über 300 stimmberechtigte Mitglieder des Zentralvorstandes erschienen sind, wurde Montag vom Parteivorstand, Reichsauswärtiger Dr. Stresemann, eröffnet. Zu Beginn der sachlichen Verhandlungen berichtete

Kohlenherzeugung durch die deutsche Industrie selbst sehr stark in Anspruch genommen wird. Freilich ist es ungewiss, wie lange wir diesen Auswirkungen noch entgegen werden.

Operation ohne Betäubung.

Sir Alfred Mond beschäftigt sich in einem sehr ausführlichen Brief an die 'Times' mit der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage im Kohlenbergbau. Nach seiner Ansicht ist die Notwendigkeit der Reorganisation, sowohl was den Absatz als auch die finanzielle Basis und den Export anlangt, so dringlich und so umfassend, daß die Unterstützung der Regierung unbedingt notwendig sei. Das gegenwärtig im Bergbau vorgehende, sei nichts anderes als eine Operation ohne Betäubung. Die unwirtschaftlichen Schäden verbluten langsam. Die Bergarbeiter seien arbeitslos, bis sie in irgendeinem anderen Berufe Unterhaltungs fänden. Produktion und Verbrauch ständen in feinerster Zusammenhang. Bergbauarbeiter und Bergarbeiter könnten viel tun, um diese Schließelindustrie auf eine gesunde und permanente Grundlage zu stellen. Die Regierung dürfe aber nicht übersehen, daß sie nicht untätig beiseite stehen könne.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Brüssel, 21. November. Der belgische Ministerpräsident Jaspar hat gestern abend dem König die Gesamtemission des Kabinetts unterbreitet. Der König wird Jaspar mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Jaspar wird voraussichtlich verstanden, ein Kabinett zu bilden, das sich auf Katholiken, Liberale sowie christliche Demokraten und Flamen stützt. Sollte diese Kom-

Reichstagsabgeordneter Runkel über das Schulgesetz.

Er kam sofort auf die drei Fragen, die eine Sonderstellung der Partei erforderten, auf das Problem der Schulkosten, das Problem des geordneten Schulbetriebes und die Schulaufsicht. Das Problem der Schulkosten des Entwurfs umfasse für die Deutsche Volkspartei wiederum zwei Probleme: die Frage der Volksschule und die Frage der Gemeinschaftsschule. In der öffentlichen Diskussion treibe die Beratung der Volksschule zunächst zurück hinter der Forderung im Entwurf selbst, um auch der Gemeinschaftsschule die Vorrangstellung zu sichern, die ihr nach der Verfassung und Verfassungsabsicht zukomme. Nach wie vor, erklärte der Redner, steht die Deutsche Volkspartei auf dem Boden ihres Programms, wonach

Volksschule und Gemeinschaftsschule von ihr gefördert werden sollen, überall da, wo sie nach Verkommen und Schulungsbedürfnis Heimatcharakter haben. Wir wollen der Volksschule ihren Bestand bei der Umwandlung sichern; sie zu erhalten, ist dann die Sache der bemanntesten Erziehungsberufen. Die Deutsche Volkspartei hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die von den Regierungsparteien angenommen sind. Die Furcht vor einer Konfessionalisierung des Gesamtunterrichts ist dadurch gegenstandslos, verschwinden auch der Schein einer dogmatischen Bindung des Unterrichts nach der Annahme eines völksparteilichen Änderungsantrages durch die Regierungsparteien. Die Erhaltung der alten Volksschule in neuer Form ist gesichert. Was die bisherige christliche Simultanische

betrifft, so wird ihre Erhaltung von fast allen Kreisen gefordert. Wir lehnen die im Entwurf vorgesehene sechsjährige Schonfrist und auch die zwölfjährige Schonfrist des Reichsrats ab, weil nach unserer Auffassung Artikel 174 der Reichsverfassung keine Schonbestimmung, sondern eine Schutzbestimmung enthält. Die Deutsche Volkspartei wird deshalb dafür eintreten, daß in den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Verkommen nicht getrennte Volksschule gesetzlich oder nach Verkommen besteht, es bei dieser Rechtslage verbleibt. Auch die Stellung der Deutschen Volkspartei zur christlichen Gemeinschaftsschule ist kulturell bedingt. Dahin wird ihre Forderung gehen, daß neu einzurichtende Schulen als Gemeinschaftsschulen einzurichten sind, soweit nicht die Erziehungsberufen der Mehrheit derjenigen Kinder, die der neuen Schule zugeführt werden, eine andere Schule beantragen.

Zu einer prinzipiellen Stellungnahme nötigt auch noch die Regelung der Einsichtnahme in den Religionsunterricht von Seiten der Religionsgesellschaften. Die Deutsche Volkspartei lehnt nach Tradition und innerer Einstellung eine Aufsichtnahme des Religionsunterrichts durch andere als staatliche Organe ab. Das bedeutet keine Stellungnahme gegen die Kirche, deren wertvolle Mithilfungsarbeit sie immer anerkennen, aber die Schule ist des Staates!

Die obersten Stellen sollen entsprechend dem Entwurf das Recht der Einsichtnahme erhalten, dies aber unter Ausschluß der Übertragung dieser Befugnis auf nachgeordnete kirchliche Stellen. Die Deutsche Volkspartei wird auch fordern, daß vor der Fertigstellung des Gesetzes die Kostentrage und die Verteilung der Gemeinben an der Umwandlung und Neueinrichtung von Schulen prinzipiell geregelt wird. Die Deutsche Volkspartei, schloß der Redner, lehnt jeden Versuch ab, sie für ein Scheitern des Reichsschulgesetzes verantwortlich zu machen.

binotien glücken, so würde dies zu einem völligen Ausscheiden der Sozialisten aus der Regierung führen.

„Das Reich bureaukratisch überlastet.“

Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch führt in einem soeben erschienenen Aufsatz aus: Das Deutsche Reich ist bureaukratisch überlastet. Keine wirtschaftliche oder Verkehrsfrage kann erörtert und keine Lohnverhandlung kann geführt werden, ohne daß die Überlastung des Steuerzahlers in den Vordergrund tritt. Nicht nur durch die hohen Kosten bedeutet die Masse der Behörden eine volkswirtschaftliche Last. Fast schlimmer noch ist die Unmöglichkeit für das Publikum, sich in dem

Zergewirren der öffentlichen Verwaltung zurechtzufinden. Wer, wie ich in reifen Jahren in den Staatsdienst an leitender Stelle eintritt, stellt bald fest, daß selbst der pflichtbewussteste Beamte oft nicht weiß, nicht wissen kann, welche Behörden bei einer Angelegenheit als 'beteiligt' sind. Wehe aber, wenn jemand Übergangswird, selbst unabsichtlich, besonders, wenn eine Landesbehörde durch eine Reichsbehörde einmal übersehen wird. Dann werden heillosste Gesichtspunkte eigenmächtig übersehen als gefährdet bezeichnet. Nationale Politik treiben, heißt sachliche Politik treiben. Leider gibt es Staatsmänner, die die Durchführung der Reichsverfassung und den Unitarismus bei jeder Gelegenheit im Mund führen. Werden sie Minister eines deutschen Landes, so liegen ihre Latein in entgegengekehrter Richtung. Ja, sie werden geradezu zum Sturmbod der Bureaukratie. Die Verwaltung der Wasserstraßen durch Reichsbehörden, verfassungsmäßig längst entschieden, gehört nicht in das Problem Unitarismus oder Föderalismus.